LZ-Rheinland

Artikel vom 15.12.2020 · Ausgedruckt am 12.11.2026, 19:23 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/lebensmittelhandel-und-lsv-vereinbaren-konkrete-massnahmen

Lebensmittelhandel und LsV vereinbaren konkrete Maßnahmen



Foto: imago images/Geisser

Als Reaktion auf den Druck, den die Proteste vor Einrichtungen des Lebensmitteleinzelhandles in jüngster Zeit ausgeübt haben, fand am Freitag vergangener Woche eine Videokonferenz mit Vertretern des Lebensmitteleinzelhandles (LEH) und von „Land schafft Verbindung Deutschland“ (LsV) statt. Nachdem zunächst keine konkreten Inhalte und Ergebnisse bekannt wurden, war in Whatsapp-Gruppen von einem Ultimatum die Rede, demzufolge bis spätestens Dienstagabend, 19.00 Uhr, eine Gesprächszusammenfassung vorliegen müsse, die dem Stand der Gesprächsteilnehmer entspricht. Kurz vor Redaktionsschluß gingen dann der Bundesverband des Lebensmitteleinzelhandels (BVLH) und LsV mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit.

Fünf Maßnahmen vereinbart

Darin heißt es, man sei sich einig gewesen, dass Deutschland eine zukunftsfähige Landwirtschaft braucht. Um das zu erreichen, hätten Handel und LsV konkrete Punkte vereinbart. Diese beinhalten unter anderem eine neutrale Ombudsstelle, um Konflikte beizulegen. Weiterhin soll zeitnah eine einheitliche Herkunftskennzeichnung für

heimische Erzeugnisse eingefürht werden. Der LEH habe zudem zugesagt, in seiner Werbung die Leistungen der heimischen Landwirtschaft stärker herauszuarbeiten. Zwei Arbeitsgruppen sollen kurzfristige konkrete und strukturelle Lösungen für die Sektoren Fleisch und Milch erarbeiten. Schließlich wollen die Unternehmen des Lebensmittelhandels das Ziel unterstützen, dass ein Soforthilfe-Fonds eingerichtet wird, der dazu beitragen soll, Corona- und ASP-bedingte Einkommenseinbußen abzufedern. Die Maßnahmen sollen kurzfristig im Dialog ausgestaltet und so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Signale vom LEH

Mit Aldi, Rewe und Lidl hatten in der vergangenen Woche gleich drei der „Großen Vier“ des deutschen LEH bereits Entgegenkommen signalisiert. Aldi Nord und Süd bekannten sich „umfassend“ zu fairen Handelspraktiken im Umgang mit Lieferanten, Herstellern und Landwirten. Die zur Schwarz-Gruppe gehörenden Ketten Lidl und Kaufland machten zusätzlich zu dem schon für das nächste Jahr angekündigten Obolus in Höhe von 50 Mio. € für die Initiative Tierwohl (ITW) weitere Zugeständnisse: Beide Unternehmen erhöhten mit Wirkung zum 10. Dezember die Ladenpreise für zehn Schweinefleischartikel um jeweils 1 €/kg oder etwa 20 %. Die Zusatzeinnahmen sollen in vollem Umfang an die Tierhalter weitergereicht werden. Die Rewe-Gruppe mit dem Discounter Penny kündigte einen Tag später an, den Preis für Schweinefleisch auf das Niveau von vor dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Deutschland anzuheben. Mit ihren Angeboten dürften Rewe und Lidl beim Deutschen Raiffeisenverband (DRV) und dem Deutschen Bauernverband (DBV) offene Türen einrennen. Letzterer hatte in einem zuvor vorgelegten Forderungspapier vom Handel unter anderem einen „Deutschland-Bonus“ für die heimischen Erzeuger verlangt.

Lidl sieht aber auch die Politik gefordert. In einer bundesweit veröffentlichten Zeitungsanzeige hatte das Unternehmen erklärt, die aktuelle Situation in der Landwirtschaft stelle Landwirte, Verarbeiter, Lebensmittelhändler und Verbraucher gleichermaßen vor „außergewöhnliche Herausforderungen“. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft habe „eine zentrale Bedeutung für unser Land und die flächendeckende Versorgung“.

„Deutschland-Bonus“

Der DBV und die Landesbauernverbände verlangten in einem Schreiben an die „Großen Vier“ im LEH unter anderem, dass diese Unternehmen mit ihrer Einkaufspolitik die heimische Landwirtschaft fördern. Dazu soll ein „Deutschland-Bonus“ über die Kette an die Erzeuger weitergereicht werden. Verlangt wurde auch eine Selbstverpflichtung zum Ausstieg aus der „Dauerniedrigpreiskultur“ sowie eine finanzielle Honorierung höherer Qualitäts- und Produktionsstandards. Darüber hinaus sollen die Handelsunternehmen ihre Liefer- und Vertragskonditionen langfristiger und verlässlicher gestalten.

Außerdem fordern die Verbände mehr Schutz von Erzeugern und Zulieferern durch das Kartellrecht. Für Landwirte sollten die bestehenden Hürden beim Aufbau auch größerer Vermarktungsorganisationen beseitigt werden. Die landwirtschaftlichen Branchenvertreter plädierten außerdem für eine flächendeckende Haltungs- und Herkunftskennzeichnung. Mit Blick auf die nationale Umsetzung der UTP-Richtlinie verlangen sie den Wegfall der Umsatzobergrenze für schutzwürdige Unternehmen und den Bann sämtlicher bisher noch zulässiger Praktiken der sogenannten Grauen Liste. Mit Blick auf das Forderungspapier kritisierte der Präsident des Rheinischen Landwirtschafts-

Verbandes (RLV), Bernhard Conzen, dass der ständige Preisdruck bei Lebensmitteln die Grenze des Erträglichen überschritten habe. Nun merke auch der Handel langsam, „dass die Bauern nicht mehr bereit sind, das unfaire Spiel des LEH zu akzeptieren“. Die Beziehung zwischen Handel und Landwirtschaft müsse sich langfristig und grundsätzlich verändern, betonte Conzen.

Lesen Sie auch, wie das Branchenfachblatt „Lebensmittelzeitung“ die aktuelle Entwicklung einordnet (siehe „Der Blick von außen“ auf S. 13). *ds/AgE*